

politisch Verantwortlichen auf diese Verpflichtung klar und unmißverständlich hinzuweisen. Die Gefährdung der Achtung vor dem menschlichen Leben ist aber so bedrohlich geworden, daß das Verantwortungsbewußtsein des Gesetzgebers nicht genügt. Nicht nur die gläubigen Christen, alle, die das menschliche Leben zu den höchsten Werten in der menschlichen Gemeinschaft zählen, sind aufgerufen, den erschreckenden Formen seiner Mißachtung nicht schweigend und untätig zuzusehen. Hier geht es nicht um spezifische Forderungen des christlichen Glaubens, sondern um die Frage, ob in der Zukunft in unserem Volke die *elementaren sittlichen Werte* Geltung haben oder ob eine neue Phase der Unmenschlichkeit, der Rechtlosigkeit und schließlich des Chaos beginnt. Im raschen Entwicklungsgang der gesellschaftlichen Auffassungen kann die Erkenntnis dieser fundamentalen Gefährdung leicht zu spät einsetzen. Der Abscheu vor den Formen der Mißachtung des menschlichen Lebens wird allein Menschlichkeit und Rechts-

bewußtsein in unserem Volk nicht retten können. Dem Verbot des Tötens entspricht der Anruf zur tätigen Liebe. Für den christlichen Glauben ist der Mensch Bild Gottes und Bruder Jesu Christi. Christliche Liebe hat ihre unverzichtbare Grundlage in dem Willen, dem anderen Menschen zum Leben zu helfen. Der Lebensstandard unseres Volkes verpflichtet zur sozialen Hilfe überall dort, wo ein zu geringes Maß an entschlossener sozialer Tat zu Zwangssituationen führt, die den Preis menschlichen Lebens fordern. Die Verbesserung der sozialen Einrichtungen der Gesellschaft und ihrer Gruppen reicht nicht aus. Ob die Gefahren für das menschliche Leben abgewendet werden können, hängt wesentlich davon ab, daß jeder einzelne die Forderung des solidarischen Einsatzes für die Grundwerte unserer Gesellschaft erkennt und erfüllt. Als Christen stehen wir vor dem richtenden Wort Jesu Christi: „Was ihr dem Geringsten meiner Brüder nicht getan habt, habt ihr mir nicht getan!“

## Sonderberichterstattung Synode (VII)

### *Zur Vorbereitung der Synode in der DDR*

Bevor man sich über den Stand der Synoden-Vorbereitung oder, besser gesagt, über die Startphase der Pastoral-synode ein Bild verschaffen will, ist es nützlich, ihre *Prozedur* näher zu beleuchten. Dabei gilt es, sich frei zu machen von Vorstellungen, die die Anfangsphase der Würzburger Synode kennzeichnen. Zum Beispiel gab es in der DDR keine allgemeine und umfassende Umfrage wie in der Bundesrepublik. Bis zur Stunde verfügt die Synode, obwohl sie offiziell bereits mit dem gemeinsamen Hirtenbrief der Ordinarienkonferenz am 1. Fastensonntag eröffnet wurde (vgl. Wortlaut im „Hedwigsblatt“, 7. 3. 71), über kein fertiges Statut. Es ist daher bisher auch nicht bekannt, wie sich die Versammlung, wenn sie — nach jüngsten Verlautbarungen — im Januar 1973 in Dresden zusammentritt, personell zusammensetzt. Nachdem im Ostteil des Berliner Bistums vor kurzem ein *Pastoralkongreß* für die Diözese im Herbst 1972 angekündigt wurde, der u. a. die Synodalen wählen wird, ist lediglich zu vermuten, daß man in den übrigen Jurisdiktionsbezirken ähnlich verfahren wird.

#### *Die Prozedur der Vorbereitung*

Von der Synode der Bistümer in der Bundesrepublik unterscheidet sich die DDR-Synode ferner, wie oben angedeutet, durch das Fehlen einer Eingangsveranstaltung ähnlich der in Würzburg. Sie soll erst stattfinden, wenn das Unternehmen bereits mehr als anderthalb Jahre läuft. Zunächst war als Ort die Dresdner Hofkirche vorgesehen. Inzwischen sind Stimmen laut geworden, die für andere Räumlichkeiten in Dresden plädieren, weil zu befürchten ist, daß die Winterkälte den Delegierten in der schlecht heizbaren barocken Kathedrale stark zu schaffen machen würde. Nicht nur die größeren natürlichen Schwierigkeiten der Diaspora, verstärkt noch durch jene Hemmnisse, die die politische Situation und der schwerfällige Informationsfluß unter den Bedingungen des totalitären Staates mit sich bringen, dürften freilich den Entschluß der Bischöfe bewirkt haben, die Synodenversammlung nicht an den Anfang des ganzen Unternehmens zu legen. Hier spielt vielmehr die Sorge eine Rolle, die so

überaus wichtige *pastorale Veranstaltung* könnte eine unerwünschte Richtung nehmen und im Endeffekt der Seelsorge und damit der Kirche in der DDR mehr schaden als nützen. Diese Besorgnis richtet sich sowohl auf die Frage nach der Spiritualität, nach dem geistlichen Wert, als auch auf die Gefahr der politischen Manipulation. Sicherlich ist die eine von der anderen Sorge nicht zu trennen. Es muß den Bischöfen daran gelegen sein, unter allen Umständen den geistlichen Charakter der Synode zu gewährleisten und sie — bei aller aktuellen Lebensbezogenheit — vor unangemessener und gefährlicher Politisierung zu bewahren.

Dieses deutlich erkennbare Bestreben hat denn auch von Anfang an zu *Vorsichtsmaßnahmen* geführt, die nicht ohne Kritik auch im kirchlichen Bereich geblieben sind. Nicht zufällig begleiteten verschiedentlich Töne die thematische und praktische Ankündigung der Synode, die einen deutlichen Vorbehalt gegenüber dem Verlauf der bundesdeutschen Synode enthielten. „Hochgestochene, hitzige Debatten über Strukturprobleme, Lieblingsideen kleiner Pressuregroups oder weitschweifige theologische Fachdiskussionen“ werde es nicht geben, so hieß es. Sie würden die Seelsorge zwischen Elbe und Oder nicht weiterbringen. In einer „sozialistischen“ Gesellschaft erwarteten der einzelne Christ und die Gemeinden „evangeliums- und praxisnahe Wegweisungen und Antworten auf die anstehenden Alltagssorgen“. Die Synode suche „Basisnähe“, konnte man im März hören. Wie diese „Basisnähe“ aussehen sollte, war zusammen mit diesen Feststellungen im Westberliner „Petrusblatt“ (28. 3. 71) zu lesen: „Die jetzt begonnene erste Stufe der DDR-Pastoral-synode wird größtenteils in die normale Seelsorgsarbeit eingebettet sein. Damit aber diese Vorbereitung ein ‚geistliches Tun‘ wird und der breite, thematisch offene Dialog vom Gebet begleitet bleibt, werden Abendtriduen, geistliche Stunden, Einkehrtage, Abendexerzitien oder Bußandachten vorgeschlagen, die den jeweiligen Verhältnissen angepaßt sind. Außerdem wird von den Seelsorgsämtern der Jurisdiktionsbezirke gegenwärtig Arbeitsmaterial vorbereitet, das die Synodenarbeit noch intensiver in die Gemeindepastoral integrieren helfen soll.“

Das ist die eine, die spirituelle Seite des Synodenauftrags; die andere ist die informelle: Allen Geistlichen, Pfarrgemeinderatsvorsitzenden, Seelsorgehelferinnen und Ordensniederlassungen ging Anfang April ein vorgefertigter Themenkatalog zusammen mit einer *Handreichung der Bischöfe* zu, die für das Gespräch in Gruppen und Gemeinden Denkanstöße und praktische Anregungen geben sollte. Hatte schon der Hirtenbrief die Grundfrage, um die es bei der Synode gehen soll, skizziert: „Wie lebt der Christ und wie lebt die Kirche in der Welt von heute aus dem Glauben?“ — so ging der Themenkatalog in die sachlichen Details. Insgesamt sieben Sachbereiche wurden den Gläubigen zum Nachdenken und zur Diskussion auf der unteren Ebene angeboten: 1. Verkündigung des Glaubens und Glaubensvollzug, 2. Gebet und gottesdienstliches Leben, 3. Ehe und Familie, 4. Diakonie und Gemeinde, 5. Apostolat und Sendung für die Welt, 6. Ordnungen und Dienste in der Kirche, 7. Fragen der Ökumene. Hinzu kam noch eine 8. Rubrik für „sonstige Anliegen“ (vgl. „Hedwigsblatt“, 9. 5. 71).

Der Ablauf der Vorbereitung ist nun so gedacht, daß in den Gemeinden, Dekanaten usw. über diese Themen gesprochen wird. Als Hilfestellung hatten die Bischöfe zu jedem der von ihnen angeregten Themenkreise Fragen gestellt und einen Stichwortkatalog hinzugegeben, der für die Diskussionen gleich die entsprechende Plattform bilden sollte. So lautete beispielsweise die Frage zu *Themenkreis 1*: „Wie stellen Sie sich die Glaubensverkündigung in der heutigen Zeit vor?“ Die beigefügten Stichworte reichten dann von der „Thematik der Verkündigung“ über deren Sprache, den Verkündigungsdienst der Eltern, den Religionsunterricht und der Glaubensbildung für Erwachsene bis hin zu „individuellen Glaubenshilfen“, Exerzitien usw. und „Publikationen im kirchlichen Raum“. Im *Themenkreis 2* soll über das Sonn- und Feiertagsgebot oder über priesterlose Gottesdienste nachgedacht werden. Aber auch Kirchenmusik und Gesangbücher sind hier zu bedenken.

Im *Themenkreis 3* „Ehe und Familie“ ist von der Sexualerziehung, von den Problemen der konfessionsverschiedenen Ehe, der „verantworteten Elternschaft“ und der „Sorge um die gescheiterten Ehen“ die Rede. Der *Themenkreis 4* „Diakonie und Gemeinde“ faßt die Dienste an Alten und Kranken ins Auge, aber auch zum Beispiel den Pfarrgemeinderat. Ein Stichwort lautet: „Offene Gemeinde — Fernstehende“. Als „brisant“ ist die Problematik des *Themenkreises 5* „Apostolat und Weltdienst“ empfunden worden. Die Frage der Bischöfe „Wie können die Kirche und die Christen in ihrer Umwelt Zeugnis geben?“ macht das deutlich. Denn es sind unverzüglich Leute aufgetreten, die statt „Umwelt“ die Worte „in der DDR“ bzw. „in der sozialistischen Gesellschaft“ einsetzen wollten, Formulierungen, die auf den ersten Blick die politische Implikation erkennen lassen. Man braucht sich nur der umfangreichen Diskussionen zu erinnern, die die endgültige Spaltung der Evangelischen Kirche in Deutschland begleitet haben. Was heißt unter diesem Blickwinkel „Weltdienst des Christen“, oder wo hat sein „Einsatz für Gerechtigkeit und Frieden“ zu beginnen — wo zu enden?

Dagegen betrifft *Themenkreis 6* eher die innerkirchliche Entwicklung. Die Bischöfe fragten: „Welche Vorschläge haben Sie für die Ordnung der Kirche in der DDR, ihre

Ämter und Räte?“ Die Stichworte erwähnen Aus- und Weiterbildung der Priester, ohne daß freilich nach dem Selbstverständnis der Priester im Zusammenhang mit den auch in der DDR zurückgehenden Priesterberufungen gefragt würde. Dieser Fragenkomplex könnte sich dann allerdings aus der Diskussion entwickeln. Die Meißener Diözesansynode, über die in der Herder-Korrespondenz mehrmals berichtet wurde (vgl. 24. Jhg., S. 5 ff. und S. 576 ff.), hat ja gerade zu diesem Bereich Wichtiges gesagt, auf das man nur zurückzugreifen brauchte. Im *Themenkreis 7* ist davon die Rede, daß man sowohl auf der Gemeindeebene von der ökumenischen Zusammenarbeit ausgeht als auch beispielsweise Ausbildungsstätten und caritative Werke kooperieren lassen will. Hier findet sich auch das „Stichwort“: „Gemeinsame Pastoral für konfessionsverschiedene Ehen“. Für weitere Wünsche und Anregungen ist schließlich unter Punkt 8 Raum gelassen.

### Kalkulierte Befragungsaktion

Das Befragungsverfahren wird so abgewickelt, daß sich der einzelne soviel *Fragekarten*, wie er benötigt, bei seinem zuständigen *Pfarramt* abholen muß. Sie werden ihm nicht ins Haus geschickt. Jede eingesandte Karte muß zudem mit dem Stempel des Pfarramtes versehen sein. Das verschafft eine gewisse Kontrolle, die dadurch noch gründlicher wird, daß die „Formblätter“, wenn sie nicht in den Papierkorb wandern sollen, Namen und einige „Angaben zur Person“ enthalten müssen. Die ausgefüllten Karten bzw. Formblätter, die möglichst immer nur einen Vorschlag in knapper Form und mit kurzer Begründung enthalten sollen, sind über die Pfarreien an die in allen Diözesen bzw. Jurisdiktionsbereichen operierenden „*Arbeitsstellen Pastoral-synode*“ zu richten, wo eine vorläufige Auswertung bereits vorgenommen wird. Das heißt, man sichtet die eingegangenen Karten und teilt sie einer der 8 Themengruppen mit je 24 Unterthemen zu. Die diözesanen Arbeitsstellen registrierten außerdem jede Eingabe in Listen, getrennt nach Einzel- und Gruppenanträgen. Bei Einzelanträgen erfaßte man Thema, Personenstand und Alter des Absenders sowie die Gemeindestruktur, während die Gruppenanträge nach Thema, Art der Gruppe, Mitgliederzahl und Gemeindestruktur in die Listen eingetragen wurden. Jeder Jurisdiktionsbezirk sandte inzwischen sein Karten- und Listenmaterial an die Zentrale Arbeitsstelle Synode, die seit Jahresbeginn unter Leitung des Dresdner Pfarrers *D. Grande* tätig ist. Grande war bereits Sekretär der Meißener Synode und verfügt daher über die entsprechende organisatorische Erfahrung.

Inzwischen hat Papst Paul VI. den Vorsitzenden der Berliner Ordinarienkonferenz, *Kardinal Bengsch*, zum Präsidenten der Synode bestellt. Ein von der Ordinarienkonferenz noch zu wählender Bischof wird sein Stellvertreter werden. Die von den Bischöfen eingesetzte „Zentrale Arbeitsgruppe“ in Dresden bildete Anfang Juli 1971 *zwei Kommissionen und sieben Fachgruppen* — entsprechend den sieben Themenkomplexen. Kommission I soll Vorschläge für das *Statut* und die Geschäftsordnung erarbeiten; Kommission II beschäftigt sich mit der *Wahlordnung* der Synodalen. Während die Mitglieder der ersten Kommission von der Zentralen Arbeitsgruppe vorgeschlagen worden waren, sollen die Mitglieder der zweiten Kommission und aller Fachgruppen von den Diözesanen Arbeitsgruppen Pastoral-synode vorgeschlagen wer-

den. Dieser Prozeß ist noch im Gange. Die Zentrale Arbeitsgruppe hat ihrerseits Mitglieder für die ständige Koordinierung ihrer Arbeit in die verschiedenen Kommissionen und Fachgruppen entsandt. Die Ordinarienkonferenz erklärte sich schon im Juni mit der Auswahl der Mitglieder in den verschiedenen Gremien einverstanden. Die Fachgruppen haben bis zum 15. Februar 1972 „Vorpapiere“ zu den verschiedenen Themenkomplexen zu erstellen. Dazu können sie im Einzelfall, wie betont wurde, Berater ohne Stimmrecht hinzuziehen.

### *Vershobener Zeitplan*

Der *Zeitplan* der Synode geriet bereits mehrmals ins Schwimmen. War ursprünglich daran gedacht, etwa parallel mit der bundesdeutschen Synode die Pastoralynode für die gesamte DDR zu starten, so mußte dieses Vorhaben offenbar schon bald aufgegeben werden. Es fehlte einmal an den informellen und organisatorischen Voraussetzungen. Andererseits mochte der Verlauf der Ende Oktober beendeten Meißener Diözesansynode, die relativ kurzfristig eine Reihe recht offener Papiere mit konstruktiver Tendenz vorlegte, die traditionalistisch eingestellte Gesamtführung der katholischen Kirche in der DDR unter der straffen Führung des Bischofs von Berlin zur Behutsamkeit gemahnt haben. Es war aufgefallen, daß die mit großer Mehrheit verabschiedeten und von dem im Juni 1970 verstorbenen Meißener Bischof O. Spülbeck promulgierten Dekrete nicht, wie es kirchlichem Brauch entsprochen hätte, im Amtsblatt der Diözese veröffentlicht wurden. Auch die Kirchenblätter von Berlin und Leipzig hüllten sich in Schweigen. Bischoff G. Schaffran, der Nachfolger Spülbecks, ließ sich über ein halbes Jahr Zeit, ehe er bekanntmachte, daß die Regionalsynode zwar noch mit der bereits avisierten IV. Session zu Ende geführt werden, im übrigen jedoch in die Gesamtsynode aller Jurisdiktionsbezirke einmünden würde. So herrscht nach wie vor Unklarheit über die Rechtskraft der von Spülbeck unterzeichneten Dekrete „Ziele und Aufgaben der Erneuerung des Bistums Meißen nach dem II. Vatikanischen Konzil“ und „Ökumenismus“, die in Form von Anträgen an die Gesamtsynode weitergeleitet werden.

Spätestens im Frühjahr 1971 wurde deutlich, daß man den *Beginn der Synode* auf den Herbst des kommenden Jahres werde verschieben müssen, sollte die angekündigte breite Basisarbeit in den Gemeinden und Gruppen gründlich vonstatten gehen. Inzwischen stellte sich heraus, daß selbst dieser Termin nicht einzuhalten war; die Verantwortlichen nennen nun den Januar 1973. Voran gehen im Herbst 1972 *Pastoralkongresse in den einzelnen Jurisdiktionsbezirken*, wie für den Ostteil des Berliner Bistums bereits angekündigt. Der Berliner Kongreß setzt sich nach der Planung der diözesanen Arbeitsstelle Synode in Ost-Berlin aus 120 Teilnehmern zusammen. „Geborene“ Mitglieder werden Bischof und Weihbischof, ferner der Generalvikar und alle Ordinariatsräte sein. Weitere Mitglieder dieser Versammlung sind zehn vom Bischof berufene Vertreter, fünf Ordensschwestern, fünf Repräsentanten „besonderer Gruppen“, die bisher nicht näher in ihrer Zusammensetzung gekennzeichnet wurden, und schließlich 90 Vertreter der 18 Dekanate, je fünf aus jedem Dekanat, darunter Priester und Laien. Auf dem Pastoralkongreß sollen die von den Fachgruppen vorgelegten Voten bearbeitet und zur Weiterleitung an die Pastoralynode beschlossen werden.

Die *erste Zwischenauswertung der in Dresden eingegangenen Themenvorschläge* ergab folgendes Bild: Von den insgesamt 6577 Eingaben aus allen Teilen der DDR sind weit über die Hälfte, nämlich 3930, Gruppenvorschläge. Der Rest, 2647 Eingaben, stammt von Einzelpersonen. An der Spitze der Themen, die man auf der Synode behandelt wissen will, liegt der Themenbereich 2 „Gebet und gottesdienstliches Leben“ mit 1839 Vorschlägen. Mit größerem Abstand folgt der Themenbereich 1 Verkündigung des Glaubens und Glaubensvollzug mit 1351 Eingaben, dicht gefolgt vom Themenbereich 6 Ordnungen und Dienste mit 1248 Vorschlägen. Erst in größerem Abstand folgen „Diakonie und Gemeinde“ 568, „Ehe und Familie“ 559, „Apostolat und Weltdienst“ 469, „Ökumene“ 422 und Sonstige 101. In Berlin, wo zum Stichtag insgesamt 513 Vorschläge eingingen, bietet sich ein ähnliches Bild. Es zeigt eindeutig, wie stark die Angesprochenen an den Problemen Gottesdienst, Gebet und Verkündigung des Glaubens bzw. Glaubensvollzug interessiert sind, wohingegen Strukturfragen, die die westdeutsche Synode gerade in ihrer Anfangsphase stark bewegten, nur eine untergeordnete Rolle spielen.

### *Kritik von verschiedenen Seiten*

Nun werfen *die Kritiker der bisherigen* Vorbereitung in der DDR diesem Zwischenergebnis freilich vor, daß es auf eine einseitige bzw. falsche Weichenstellung zurückzuführen sei. „Stellen wir die richtigen Fragen?“ So hatte ein Kreis von Laien und Priestern in Halle in einem *Offenen Brief* gefragt, der sich mit der Synode und ihrer Vorbereitung auseinandersetzt. „Wir müssen die Fragen ausfindig machen, die uns alle ins Gewissen schneiden, die die Not unserer Zeit, unserer Zeitgenossen aufdecken. Nur solche Fragen werden unsere Suche nach Antwort herausfordern. Sie werden uns hindern, einzuschlafen. Wir sind es nicht gewohnt, zu fragen oder befragt zu werden“, so hieß es in dem kritischen Papier, aus dem der Leipziger „Tag des Herrn“ immerhin diese Passage abdruckte. Die von der Kirchenführung in der DDR für die sieben Synodenkomplexe gestellten Fragen haben nach Ansicht seiner Autoren, die sicherlich für manche andere ihre Stimme erheben, „keinen Sitz im Leben“. Sollten diese Fragen bestimmend bleiben, so werde die Synode den Eindruck der Belanglosigkeit, den die Kirche ohnedies auf nicht wenige mache, nur vermehren. „Allzu viele haben Angst, Abschied vom Gewohnten zu nehmen und auf Neues zu stoßen, das nicht in die gute alte Stube paßt.“

Es ist höchst bemerkenswert und gewiß symptomatisch, wenn dieser Laienkreis, der sicher nicht den Anspruch erheben kann, für die Mehrheit der Katholiken in der DDR zu sprechen, aber auch über den Verdacht erhaben ist, den Zielen der Kommunisten Vorschub zu leisten, ganz offen die Frage an die Synode richtet: „Wie leben wir als Christen in einer sozialistischen Gesellschaft, und wie weit können wir uns mit ihr identifizieren? Wie können wir ihr zu dem Mut verhelfen, nach der Sozialisierung den zweiten Schritt zu tun auf eine sozialistische Demokratie hin? Wie leben wir als Christen in einer Leistungsgesellschaft, die dem Starken und Gesunden Möglichkeiten gibt, sich zu entfalten, die den Kranken und Schwachen zuwenig beachtet? Wie solidarisieren wir uns mit denen im Staate, mit denen kein Staat zu machen ist?“ Ist es die Klugheit einer Kirche, die überleben will, sich gegen ein derart skizziertes radikales Glaubenszeugnis abzublocken,

oder hat man darin eine Zaghafteigkeit zu erblicken, die schon immer ein sicheres Kennzeichen für ein verblaßtes und kaum noch attraktives Christentum ist?

Aber auch die Ostberliner „*begegnung*“ (Mai 1971), die sich euphemistisch „Zeitschrift progressiver Katholiken“ nennt, meist jedoch nichts anderes anstrebt, als die katholische Kirche in der DDR möglichst nahtlos dem politischen Konzept des Regimes anzupassen, monierte verschiedentlich Anlage und Duktus der Synode. Die Hierarchie versuche, positive Stellungnahmen von Laien zum Sozialismus von vornherein zu verhindern, so las man dort. Es liege der Verdacht nahe, daß „gewichtige und selbständige Äußerungen von Gemeinden und Gruppen der Kirche nicht gefragt sind“. Demgegenüber hofften viele Laien, daß die Pastoralynode „Abstinenz und Selbstisolation gegenüber der gesellschaftlichen Realität“ überwinden helfe. Um dies zu erreichen, sei die Mitarbeit einer möglichst großen Zahl von Laien an der Vorbereitung der Synode notwendig. Deshalb müßten „alte Gewohnheiten, nämlich die der religiösen Konsumhaltung, des Stillhaltens, der Passivität, überwunden werden, damit nicht nur jene zu Wort kommen, die professionell in der Kirche schon immer das Monopol des Sprechens innehaben“.

Der Verfasser der dort publizierten kritischen Betrachtung wirft der Kirche in der DDR „mangelnde Aufklärungsarbeit“ vor, was bisher dazu geführt habe, daß die Synode „unter den Laien nur geringe Resonanz“ gefunden habe — was man allerdings auch von der Würzburger Synode ohne Übertreibung sagen kann. Es sei „überhaupt zweifelhaft“, so meinte die „*begegnung*“, „ob mit der Pastoralynode ein Gremium entsteht, das alle Kräfte und Gruppen der katholischen Kirche in der DDR befriedigend repräsentiert“.

Ein Blick in die Dresdner Karteikästen, wie ihn der Leipziger „Tag des Herrn“ (10. 7. 71) tat, zeigte jedoch, daß die gestellten Fragen zum großen Teil nicht so hinterwäldlerische Antworten provozieren, wie von manchen Kritikern behauptet. So wird zum Beispiel auf den eingereichten Karten immer wieder die „zeitaktuelle Predigt“ gefordert unter Weglassung „abgegriffener theologischer Begriffe“. Sie soll durch Film, Tonband und Dias visuell und aku-

stisch unterstützt werden. Auch Predigt-Diskussion sowie Laienpredigt verlangt man. Ein „häuslicher Schriftkreis“ empfiehlt „gleiche Chancen zum Theologiestudium für weibliche Studenten“. Ein 57-jähriger aus einer Kleinstadt meint: „Die Kirche muß wieder glaubwürdig werden durch ihre Sorge an Kranken und Sterbenden.“ Aber da findet man auch die in der Bundesrepublik keineswegs unbekannt Forderung einer „Gruppe junger Familien“, wonach der Pfarrgemeinderat „Entscheidungsfähigkeit“ erhalten müsse.

Ein 30-jähriger Großstädter: „Die katholische Kirche soll einen ungetrübten Blick in die politische, soziale und kulturelle Realität der DDR gewinnen und ihre Position zum Sozialismus bedenken.“ Ein Studentenkreis wünscht sich „Richtlinien für gesellschaftlich notwendige Kompromisse“, und ein „pfarrlicher Hauskreis“ fordert „Überprüfung der Stellung der Kirche zur Jugendweihe“. Sympathische Offenherzigkeit läßt der Antrag erkennen, „daß in Zukunft der Vorsitz der Berliner Ordinarienkongferenz turnusmäßig wechselt“.

### Die römischen Auflagen

Rom hat auch die Erlaubnis zur Abhaltung der Synode an zwei Bedingungen geknüpft: 1. Die Anzahl der teilnehmenden *Laien*, einschließlich der Ordensleute, die nicht Priester sind, und der Ordensfrauen, darf die Anzahl der Priester nicht übersteigen. 2. Die Synode muß „in ihrer Zusammensetzung, ihrem Wahlverfahren und ihrem Ablauf *frei bleiben von jeder fremden Beeinflussung*. Die erste Bedingung, die das Synodenstatut enthalten wird, bildet bereits eine natürliche Barriere für außerkirchliche Einflüsse. Die andere Bedingung der Kurie erscheint dagegen dehnbar und interpretationsbedürftig. Was „fremde Einflüsse“ sind, ist nicht immer leicht zu bestimmen. Man darf gespannt sein, wie es der Pastoralynode gelingen wird, sich solcher Beeinflussung von außen, mit der ganz gewiß zu rechnen ist, zu erwehren.

Sicherlich wird die Synode für die Kirche keinen „strukturellen Erdrutsch“ auslösen. Ob sie allerdings die beabsichtigte breite christliche Erneuerung bringen wird, das bleibt vorerst eine offene — die entscheidende Frage.

## Kurzinformationen

Die dritte Plenarsitzung der Internationalen Theologenkommission vom 23. bis 29. September 1971 stand thematisch ganz im Zeichen des Synodenthemas über die Priesterfrage. Zur Debatte standen u. a. die Fragen: Was ist ein Priester? Worin besteht das priesterliche Dienstamt in der katholischen Kirche? In welcher Beziehung steht das allgemeine zum Weihepriestertum? Mehr am Rande kamen auch Fragen einer Theologie der Hoffnung und einer sog. Theologie der Revolution zur Sprache. Das vom „Osservatore Romano“ (1. 10. 71) herausgegebene Kommuniqué von ganzen 14 Spaltenzeilen war in seiner Knappheit kaum noch zu überbieten. Mit keiner Andeutung erwähnte es, daß außer den genannten Sachthemen von einigen auch die Fragen nach Nutzen und Zweck der Kommission überhaupt aufgeworfen und diskutiert worden waren. NC News Service sprach wohl etwas übertrieben von einer „Identitätskrise“ (14. 10. 71). Welche Aufgabe habe noch die Kommission, wenn auch außerhalb von ihr zahlreiche gute bis sehr gute theologische Arbeit geleistet wird, deren Ergebnisse jedermann in Veröffentlichungen zugänglich sind? Im Vordergrund stand aber ein anderes Problem. Nach

der Zielsetzung der Kommission soll diese dem Papst, der Glaubenskongregation und der Bischofssynode nützliche Dienste leisten. Doch bis jetzt ist dies nur insofern der Fall gewesen, als die von ihr behandelten Fragen, z. B. Papstamt und bischöfliche Kollegialität und die Priesterfrage, nur einen rein faktischen Bezug auf die jetzige und vorausgegangene Synode hatten. Daß die von einer Unterkommission geleistete Arbeit über die Priesterfrage (vgl. HK 25, 343—348) sich auf das römische synodale Arbeitspapier besonders ausgewirkt habe, wie von deren Verfassern behauptet wurde, wird z. B. von K. Rabner bezweifelt (vgl. „Publik“, 8. 10. 71). Eine direkte Anfrage zu einem theologisch belangvollen Thema sei jedoch bis jetzt noch von keiner römischen Behörde an die Theologenkommission gerichtet worden. Entgegen dieser etwas pessimistischen Sicht konnte der amerikanische Passionist B. Aherm, Mitglied der Theologenkommission und zugleich Priester-Hörer auf der Synode, feststellen, wie oft die Synodenväter sich in ihren Interventionen auf die Arbeiten dieser Kommission beriefen und welches Vertrauen sie bei ihnen genießt (vgl. NC News Service, 14. 10. 71).